



Integrative Schulung – ein Schreckgespenst?

Schulreformen verunsichern Lehrpersonen wie Eltern. Das Projekt Integrative Schulung will Kinder mit besonderen Bedürfnissen, Lernschwächen und Behinderungen in die Regelschule eingliedern. Arena hat Fachleute zu den Möglichkeiten und Grenzen dieser schulischen Integration befragt.

Text: Barbara Heuberger.

Seit 2004 ist auf Bundesebene das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) in Kraft. Es soll Benachteiligungen verhindern, verringern oder beseitigen, denen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind. Bestrebungen, die weltweit im Gange sind und von der UNO-Behinderten-Konvention ausgehen. Für den Schulbereich schreibt das BehiG fest, dass «die Kantone, soweit dies möglich ist und dem Wohl des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient, mit entsprechenden Schulungsformen die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelschule» fördern müssen. Das bedeutet aber nicht, dass Klein- oder Sonderklassen automatisch abgeschafft werden. «Integriert wird dort, wo es dem Wohl des Kindes dient und im Rahmen einer bestehenden Schulorganisation sinnvoll geleistet werden kann», präzisiert Susanne Hardmeier vom Generalsekretariat

der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Viele Eltern befürchten, das Projekt Integrative Schulung wirke sich negativ auf die Qualität der Schule aus. Und ein grosser Teil der Lehrkräfte, denen man neben ihren bereits anspruchsvollen Aufgaben auch noch diese anspruchsvolle Aufgabe aufgebürdet hat, fühlt sich allein gelassen. Einige Politiker sehen das Projekt gar zum Scheitern verurteilt. Doch: Erstens wird es weiterhin einige Sonderschulen geben, denn nicht jedes Kind mit Behinderung eignet sich für die integrative Schulung. Zweitens widerlegen internationale Studien klar, dass das schulische Niveau in integrativen Schulen sinke. Drittens erhalten die Lehrkräfte der Regelklassen im Rahmen des Projekts tatkräftigen Support von heilpädagogisch ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern.

Diskutieren Sie mit:
www.swissfamily.ch

Die integrative Schule ist eine grosse Chance.

Katrin Meier, Präsidentin VPOD-Lehrberufe

Ich unterrichte in der Stadt Zürich an einer altersdurchmischten Mittelstufe. Die Integration aller Kinder ist in Jahrgangsklassen sicher einfacher als in Mehrjahrgangsklassen, denn in Mehrjahrgangsklassen ist die Heterogenität offensichtlich und diese gilt es, als Chance zu nutzen.



Der VPOD setzt sich schon lange für eine Schule ein, in der alle Kinder unabhängig von Voraussetzung und Herkunft und nach ihren Möglichkeiten gefördert werden. Die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in die Regelschule ist eine grosse Herausforderung, gleichzeitig eine grosse Chance für alle Beteiligten. Aber wir sind nicht blauäugig. Die derzeitige

Praxis zeigt, dass sich viele Lehrerinnen und Lehrer allein gelassen und mit den neuen Aufgaben zum Teil überfordert fühlen.

Die Schwierigkeiten sind vielfältig. Echte Integration in der obligatorischen Schule ist nur möglich, wenn es – wie beispielsweise in Finnland – keine Selektion gibt. Die heutige Praxis der Unterteilung in verschiedene Leistungsniveaus auf der Sekundarstufe muss deshalb aufgehoben werden.

Wird Integration wirklich ernst genommen, handelt es sich um einen grundsätzlichen Schulentwicklungsprozess, mit dem die obligatorische Schule umgebaut und der Beruf der Lehrerin, des Lehrers grundlegend verändert wird. Es braucht neue pädagogische Konzepte, Unterstützungsmassnahmen für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen, kleinere Klassen, individualisierende Lehrmittel und sinnvolle Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. Das heisst, alle Lehrpersonen müssen gut aus- und weitergebildet werden. Es müssen ihnen aber auch mehr Vorbereitungszeit und vor allem mehr Lektionen, in denen im Team-teaching unterrichtet werden kann, ermöglicht werden. Dafür müssen die Kantone und Gemeinden die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen. Nur dann kann die Integration aller zu einer der wichtigsten Reformen der Schule überhaupt werden. →

Achtung: Auch das Handy ist angreifbar!

Immer mehr Kinder und Jugendliche haben ein Smartphone, also ein Handy, mit dem sie einfach im Internet surfen können. Doch auch auf dem Handy ist Vorsicht vor Datenmissbrauch geboten.



Wer ein App herunterlädt, setzt sich auch Risiken aus – und das wissen die meisten Nutzer nicht. Bevor der Download startet werden Sie aufgefordert, die Zugriffsrechte zu akzeptieren (per Klick auf «Ok»). Hier ist Vorsicht geboten, denn in den

Zugriffsrechten kann festgehalten sein, dass ein App auf den Internetzugang Ihres Smartphones zugreifen darf, auf das Adressbuch des Gerätes oder das verbundene Mailkonto. Sogar das Bestimmen Ihres aktuellen Standorts ist möglich. Oft ist nicht erkennbar, zu welchem Zweck die gesammelten Daten verwendet werden. Sie können an Dritte verkauft werden, welche die Daten zum Beispiel für personalisierte Werbung nutzen.

Wie können Sie sich und Ihre Kinder vor Datenmissbrauch schützen?

- Lesen Sie die Bewertungen und Kommentare der anderen Nutzer, bevor Sie ein App herunterladen.
- Prüfen Sie die zustimmungspflichtigen Zugriffsrechte.
- Hinterfragen Sie, welche Rechte zur Nutzung eines Apps erforderlich sind. Benötigt ein App zum Beispiel wirklich Zugriff auf Ihr Adressbuch?

Sie können zusätzlich auch Sicherheitsangebote auf Ihrem Smartphone installieren, die für mehr Sicherheit beim Surfen und im Umgang mit persönlichen Daten sorgen (zum Beispiel Mobile Security von Swisscom). Beim Angebot der Swisscom ist auch ein Virenschutzprogramm, welches das Handy vor schädlichen Viren und Spyware schützt und auf risikoreiche und schadhafte Apps hinweist.

Infos unter: www.swisscom.ch/mobilesecurity

Haben Sie eine Frage zu digitalen Medien?

Schreiben Sie Michael In Albon an
info.jugendmedienschutz@swisscom.com
www.swisscom.ch/jugendmedienschutz



Halbherzige Integration ist nicht sinnvoll.

Prof. Dr. Jürgen Oelkers, Professor für Allgemeine Pädagogik, Universität Zürich

Die Diskussion um die Integration von Kindern mit Behinderungen geht zurück auf ein «Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen», das 2006 von der UNO-Generalversammlung in New York verabschiedet und 2008 in Kraft getreten ist. Und bislang sind 97 Staaten der Konvention beigetreten, die Konsequenzen für das Bildungswesen hat. Die bisherige Politik der Sonderschulung ist damit auf den Prüfstand gestellt. Es gibt aus dem Ausland positive Beispiele für eine integrative Verschulung. Die weitestgehenden Regelungen im deutschen Sprachraum liegen für das Bundesland Bremen vor, hier gibt es auch die positivsten Erfahrungen.



Von einem «Projekt» in der Schweiz kann so noch keine Rede sein, wengleich verschiedene Kantone Anstrengungen in Richtung integrative Schule unternommen haben. Grundsätzlich ist ein solches Projekt möglich, Auslagerungen von Schülerinnen und Schülern sind nicht zwingend notwendig. Es kommt sehr auf die Art der Behinderung an, heilpädagogische Massnahmen sind auch innerhalb einer normalen Schule möglich, wie sich etwa an skandinavischen Gesamtschulen zeigen lässt. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem dann, wenn nicht genügend Ressourcen zur Verfügung stehen und wenn sich keine professionelle Kooperation zwischen den Lehrkräften und den Heilpädagoginnen und Heilpädagogen ergibt. Von dieser Kooperation hängt das Gelingen vor allem ab. Nicht unterschätzt werden sollten auch bauliche Massnahmen, etwa für die Integration von rollstuhlfahrenden Kindern und Jugendlichen.

Die Akzeptanz des Projekts «integrative Schule» bei den Eltern von behinderten Kindern und Jugendlichen ist gross. Das gilt auch für die Kinder und Jugendlichen selbst, die sich nicht länger ausgeschlossen fühlen müssen. Bestimmte Behinderungen verlangen besondere Anstrengungen ausserhalb des normalen Unterrichts. In Bremen kann man in Augenschein nehmen, wie eine weitgehende Integration realisiert werden kann. Hier kann man auch abschätzen, wie hoch der Aufwand ist und wo die Grenzen liegen.

Die Akzeptanz des Projekts «integrative Schule» bei den Eltern von behinderten Kindern und Jugendlichen ist gross. Das gilt auch für die Kinder und Jugendlichen selbst, die sich nicht länger ausgeschlossen fühlen müssen. Bestimmte Behinderungen verlangen besondere Anstrengungen ausserhalb des normalen Unterrichts. In Bremen kann man in Augenschein nehmen, wie eine weitgehende Integration realisiert werden kann. Hier kann man auch abschätzen, wie hoch der Aufwand ist und wo die Grenzen liegen.

Andere Länder machen es besser.

Prof. Dr. Peter Lienhard, Dozent an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik, Zürich

Die integrative Schule steht derzeit im Gegenwind. Was viele nicht wissen: Es besteht ein bundesgesetzlicher Auftrag, die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen zu verstärken. Und es gibt weitere Gründe, unsere Volksschule in Richtung einer integrativen Schule zu entwickeln: Heterogen zusammengesetzte Klassen sind eine Realität. Ein traditioneller Unterricht, in dem alle zur gleichen Zeit dasselbe – im gleichen Tempo und auf gleichem Niveau – lernen sollen, wird den meisten Schülerinnen und Schülern nicht gerecht. Vermehrte Aussonderungen aus der Regelschule sind die Folge.



Eine Schule, die differenzierte Lernangebote macht und mehr Personal einsetzen kann, ist eine bessere Schule. Sie kommt sowohl besonders begabten als auch lernschwachen oder von einer Behinderung betroffenen Kindern und Jugendlichen entgegen. In Neuseeland ist diese Art von Schule Realität. Es gibt dort nur wenige Sonderschulen. Auch Kinder mit Beeinträchtigungen werden in der Volksschule an ihrem Wohnort gefördert. Je nach Klassenzusammensetzung wird neben der Klassenlehrperson eine zweite Lehrperson, eine Fachperson in Schulischer Heilpädagogik oder eine Assistenzperson eingesetzt. Kompetente Fachstellen unterstützen die Schulen, wenn es um behinderungsspezifische Fragen geht.

Ganz klar: Eine gut unterstützte integrative Regelschule und ein breit ausgebautes Sonderschulsystem sind parallel nicht finanzierbar. Es geht nicht ohne die Umlagerung eines Teils der Ressourcen aus dem Sonderschul- in den Regelschulbereich. Eine solche Entwicklung ist herausfordernd und braucht Zeit. Ohne einen klaren politischen und gesellschaftlichen Willen geht es nicht. Beides spüre ich derzeit kaum. Deshalb erwarte ich mittelfristig eher eine Politik der kleinen Schritte hin zu einer «etwas integrativeren» Schule. In Sorge bin ich um diejenigen Schulen, die trotz allem mit Engagement und Kreativität eine beeindruckende Integrationsfähigkeit erreicht haben. Sie haben diesen Gegenwind nicht verdient. Ihnen gebührt Anerkennung und Respekt. →

Integration hat viel mit Toleranz von Abweichungen zu tun.

Gérard Bless, Prof. Dr. phil.,
Institutsdirektor

Ich bin ursprünglich Primarlehrer, zusätzlich habe ich eine Sonderschullehrerausbildung absolviert. Anfang der 80er-Jahre war ich Sonderschullehrer. Zu dieser Zeit kam der Begriff Integration auf. Ich unterrichtete ein paar Jahre und ging in der Folge zurück an die Uni. Damals konnte ich mir nicht vorstellen, dass Kinder



mit Behinderungen in die Regelschule integriert werden können. Doch ich wurde eines Besseren belehrt. Heute weiss ich, dass die integrative Schule gelingt, wenn man das will. Zwar sind die politischen Entscheidungen für eine integrative Schule gefallen, leider wird das Projekt aber in der Umsetzung immer wieder boykottiert.

Wenn man sich fragt, ob integrative Schulung erfolgreich sein kann, muss man auch die

Frage beantworten, ob die separative Schule dies war. Diese Frage will jedoch niemand beantworten. Was will die integrative Schule? Sie ist eine pädagogische Massnahme, um den betroffenen Kindern die bessere Teilnahme an unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Durch den sozialen Austausch will man mehr Anreize für die Entwicklung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen schaffen.

Im Jahre 2009 wurden 44 000 Kinder in Kleinklassen und Sonderschulen ausgesondert, das sind 5,6 Prozent. Mehr als die Hälfte davon, also etwa 26 000 Kinder haben leichtere Behinderungen wie zum Beispiel Lernbehinderungen. Letztlich handelt es sich aber um eine kleine Zahl von Kindern, deren Integration sehr schwer zu realisieren ist. Diese werden jedoch als Argument angeführt, um die Separation zahlreicher anderer Kinder zu begründen.

Internationale Untersuchungen liefern keine Anhaltspunkte, wonach die guten Schüler in einer integrativen Schule gebremst werden. Beide, Regelschüler wie Sonderschüler, lernen in einer integrativen Klasse den respektvollen, fairen Umgang miteinander. Doch es braucht entsprechende Rahmenbedingungen, erfahrene Lehrer und Lehrerinnen und eine positive Einstellung, auch von den Eltern. Und bezüglich Finanzen bin ich mir sicher, dass unter dem Strich die integrative Schule nicht teurer ist, aber man muss sich ganz dafür entscheiden.

Eltern müssen in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Heinz Bähler-Trinkler, Präsident Schule
und Elternhaus Schweiz

Eltern verbinden die Idee Integrative Schule mit vielen Hoffnungen: sie wünschen sich, dass ihr Kind nicht ständig separate Wege (zur Schule) gehen muss, nicht aus seiner gewohnten Umgebung gerissen wird, anerkannte Abschlüsse erzielen kann, bessere Berufsaussichten hat. Andere Eltern wiederum befürchten, dass ihr Kind in einer integrativen Schule zu kurz kommt, zu wenig lernt, das Niveau der Schule insgesamt sinken könnte. Eine Mutter sagte mir kürzlich, sie fände es gut, dass sowohl Kinder mit besonderen Begabungen als auch Kinder mit Auffälligkeiten oder Behinderungen gefördert würden. «Doch gehen Kinder, die mit ihrem Verhalten nicht auffallen, Noten zwischen einer Vier und Fünf haben, nicht vergessen?», fragte sie bange. Diese Sorge müssen wir ernst nehmen.



Damit die integrative Schulung gelingt, braucht es strukturelle Voraussetzungen in personeller wie auch räumlicher Hinsicht. Diese Voraussetzungen sind je nach Kanton verschieden. In vielen guten Projekten sind die finanziellen Mittel knapp bemessen und damit auch die personellen Ressourcen. Dies ist ein Grund, weshalb wir die Forderung der Lehrpersonen nach einer Pensenreduktion unterstützen. Wenn eine Lehrperson auf 100 Prozent 2 Stunden weniger unterrichten müsste, gäbe es aus Elternsicht mehr Ressourcen für Gespräche mit Eltern und Kindern. Es darf nicht sein, dass Lehrpersonen zeitlich so stark belastet werden und ihnen in der Folge die Zeit für die unauffälligen Kinder fehlt. Wichtig ist, dass die zur Verfügung gestellten Mittel mit der Realität übereinstimmen. Sonst ist die gute Idee der integrativen Schule zum Scheitern verurteilt.

Nicht jedes Kind kann in eine Regelklasse integriert werden. Wichtig ist eine sorgfältige Abklärung, dabei müssen die Bedürfnisse des betroffenen Kindes erfasst, aber ebenso die Klasse als Ganzes einbezogen werden. Selbstverständlich: Eltern müssen im Entscheidungsprozess immer mitbestimmen können.

Der integrative Unterricht ist nicht praxistauglich.

Dr. Ulrich Schlüer, SVP-Nationalrat, Kanton Zürich

Wer integrativen Unterricht, also die Eingliederung aller schwächer Begabten und aller Verhaltensschwierigen in Regelklassen um jeden Preis durchsetzen will, schadet der Volksschule.

Als langjähriges Mitglied und Präsident mehrerer Schulbehörden auf verschiedenen Stufen – unter



anderem für eine heilpädagogische Schule für Schwerstbehinderte – habe ich reiche Erfahrung zum Funktionieren von integrativem Unterricht gesammelt.

Klar ist: Körperlich behinderte, selbst schwer behinderte Kinder sollen, wenn sie dem Unterricht zu folgen in der Lage sind, durchaus in Regelklassen unterrichtet werden. Schwächer Begabte, die dem Unterricht in der Regelklasse ganz einfach nicht zu

folgen vermögen, sind hingegen in Sonderklassen besser aufgehoben – damit auch sie dank dem ihren Fähigkeiten angepassten Unterrichtstempo schulischen Erfolg erleben können. Wer darin eine «Ausgrenzung» zu erkennen glaubt, übersieht, dass dauernde Assistenz durch eine Heilpädagogin in der Regelklasse für schwache Schüler weit ausgrenzender wirkt: Das Kind ist als «assistenzbedürftig» immer ausgestellt.

Wird ideologisch motiviert auch die Integration der verhaltensgestörten – nicht selten jeder Erziehung ermangelnden – Schüler in Regelklassen verlangt, dann ist Scheitern vorgezeichnet. Solche Schüler können den Unterricht nicht nur schwer stören, sie können geordneten Unterricht sogar völlig blockieren und zum Erliegen bringen. Das ist für jene Schülerinnen und Schüler, die leistungsbereit sind und vorwärts kommen möchten, nicht hinnehmbar. Verständlich, dass deren Eltern massiven Widerstand gegen die «Integrations-Ideologie» entwickeln. Verhaltensgestörte Kinder gehören in Kleinklassen. ❖

Die Rubrik «Arena» ist eine Kooperation mit Pro Familia Schweiz. Infos zum Familien-Portal: www.profamilia.ch

PRO FAMILIA
SCHWEIZ
SUISSE
SVIZZERA

Elmer®

echt bergfrisch

FOTO-WETTBEWERB

KNIPSEN. EINSENDEN. GEWINNEN.

Senden Sie uns Ihren spektakulärsten, witzigsten oder aussergewöhnlichsten «ELMER Citro»-Schnappschuss und gewinnen Sie 1 Woche Ferien im Märchenhotel Braunwald für die ganze Familie.

Detaillierte Informationen: www.elmercitro.ch

Kidy *swissfamily* erscheint sechsmal jährlich im Februar, April, Juni, August, Oktober und im Dezember

12. Jahrgang, Ausgabe Nr. 52 Juni 2011

Redaktion:
KünzlerBachmann Verlag AG
Zürcherstrasse 601
Postfach 345, 9015 St. Gallen
Tel. 071 314 04 44
Fax 071 314 04 45
kbverlag@kueba.ch

Herausgeber: Max Künzler

Chefredaktion:
Christina Bösigler
boesiger.text@hispeed.ch

Feste Mitarbeiter/-innen:
Claudia Kuhn: Kiosk, Trends und Newsletter
Barbara Heuberger: Arena

Verlagsleitung / Marketing:
Olaf Aperdanner
Tel. 071 314 04 79
o.aperdanner@kueba.ch

Verkauf:
Daniel Germann
Tel. 071 314 04 94
d.germann@kueba.ch

Leserdienst / Redaktionssekretariat:
Severin Verardo
Tel. 071 314 04 87
s.verardo@kueba.ch

Abo-Service:
Eda Oezkul
Tel. 071 314 04 83
e.oezkul@kueba.ch
Tanja Süess
Tel. 071 314 04 82
t.suess@kueba.ch
Einzel-Exemplar: Fr. 8.50 € 5,50
Abonnement: Fr. 48.-/Jahr
(inkl. Sonderhefte «Werdendes Leben» und «Unser Baby»)
Ausland € 30.-,
zzgl. Versandkosten

Grafisches Konzept / Layout:
Neuhaus Werbung, Hugelshofen

Druckvorstufe / Layout:
Heusser-Satz AG, St. Gallen

Druck:
Ziegler Druck- und Verlag-AG,
Winterthur

Kooperation:
Kidy *swissfamily* erscheint in der deutschen Schweiz in Kooperation mit www.swissfamily.ch und in der französischen Schweiz mit www.lafamily.ch



Copyright:
Nachdruck und elektronische Wiedergabe nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.
ISSN 1661-8122



AKTUELL SOMMERZEIT

- Sommerzeit gleich Familienzeit! 04
 - Kiosk 11
 - Sommerquiz: Endlich Zeit – zum Lesen, Spielen, Rätseln 14
 - Gartenpools: Aufstellen, mit Wasser füllen, planschen! 16
 - Kolumne: Ferienzeit – Lizenz zur Langeweile?! 20



ARENA

Integrative Schulung – ein Schreckgespenst? 22

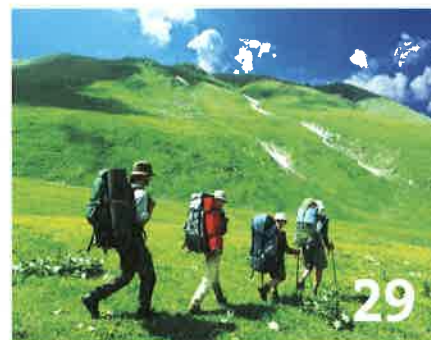
«Integriert wird dort, wo es dem Wohl des Kindes dient.»

Susanne Hardmeier, Generalsekretariat EDK



FAMILIEN-DOSSIER SICHERHEIT&RISKIO

- Outdoorsport&Risiken: 30
- Auf der Suche nach dem Abenteuer
- Erlebnispädagogik: 36
- Expedition in einen Neuanfang
- Naturgewalten: 44
- Unsere Welt ist in Bewegung!
- Kochen in der Wildnis: 51
- Mit einer Prise Abenteuer!



FAMILIE&ERZIEHUNG

- Familie: Scheiden tut auch Kindern weh! 69
- Kolumne: Was hält Paare wirklich zusammen? 72
- Schule und Elternhaus S&E: 55
- Freizeit als Stressfaktor

Schule und Elternhaus Schweiz **S&E**



FREIZEIT&GESUNDHEIT

- Ernährung: Schlemmen für die Schönheit 58
- Klett-Rätsel 62
- Neurodermitis: Was tun, wenn es juckt und kratzt? 65
- Verkehrshaus 74
- Medienmix 76
- Clips&Tipps: 77
- Ernährung&Gesundheit Kindermund/Vorschau 88



K1day

swissfamily.

Das andere Familienmagazin

www.swissfamily.ch



Kinder wollen draussen sein!

Aktuell: Aufstellpools. **Arena:** Integrative Schulung – ein Schreckgespenst? **Familie:** Freizeit als Stressfaktor. **Gesundheit:** Was tun, wenn es juckt und kratzt? **Baby&Kleinkind:** Wann ein neues Geschwister?

Dossier: Sicherheit&Risiko

9 771661 812202